

## Area Studies I: Lateinamerika: Kolumbien

(Namen der Gruppenmitglieder in alphabetischer Reihenfolge):

**Bandat** Sabine, **Engelberth** Verena, **Hoffstädterova** Jana, **Ilic** Marijana, **Jöbstl** Katharina, **Kalt** Daniela, **Klamuth** Stefanie, **Lanzerstorfer** Romana, **Liebhart** Cornelia, **Ludwig** Katharina, **Ornezeder** Clemens, **Ornezeder** Verena, **Schnittka** Stefan, **Stanzl** Christina-Caroline, **Staritz** Nikola, **Sturn** Barbara, **Urban** Thomas;

### 1. Historischer Überblick des bewaffneten Konflikts



Um den Konflikt in seinem vollen Ausmaß verstehen zu können, empfiehlt sich ein Rückblick ins 19. Jahrhundert Kolumbiens. Bezeichnend für das Land ist sein bis heute bestehendes **Zweiparteien-system**; die Konservative und die Liberale Partei entstanden schon in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts. Die Konsolidierung des Nationalstaates Kolumbien erfolgte erst in den 80er Jahren, d.h.

die Parteien waren bereits vor der offiziellen Staatsgründung im politischen System gefestigt. Die Existenz zweier Machtblöcke und die Parteizugehörigkeit qua Geburt sind wichtige Elemente der kolumbianischen Geschichte.

Zwischen 1884 und 1928 existierte, eng mit dem Parteiensystem verbunden, eine **konservative Hegemoniestruktur**. Im Jahre 1886 kam der katholischen Kirche infolge einer Rezentralisierung der Verwaltung durch eine neue Verfassung, eine stabilisierende Rolle zu. Ihr wurde das Bildungsmonopol übertragen und der Katholizismus zur Staatsreligion erklärt, was einer Restauration der kirchlichen Macht gleichkommt.

Kolumbien unterscheidet sich in seinem historischen Verlauf entschieden von anderen lateinamerikanischen Staaten, in denen zumeist eine liberale Hegemonie vorherrschte. Als Konsequenzen lassen sich eine schwache Armee und ein völlig **instabiles politisches System** feststellen. Da in Kolumbien beinahe alle Regierungswechsel als Folge von Wahlen zustande kamen, hat das Land den (fälschlichen) Ruf der „ältesten Demokratie Lateinamerikas“. Es gilt zu beachten, dass **Manipulation der Wahlergebnisse** und **brutale Unterdrückung der politischen Gegner und der Landbevölkerung** an der Tagesordnung standen, was eine demokratische Legitimierung der Regierungen nicht zulässt.

Aber nicht nur politische und militärische Aspekte prägen die Geschichte des Landes, auch die geographische Situation darf nicht unbeachtet bleiben. Die 3 Kordillerenketten und die beiden Flüsse Rio Magdalena und Rio Cauca teilen das Land in 4 Bereiche. Diese Tatsache erschwerte zum einen die Ausbildung eines tiefen Binnenmarktes und verstärkte zum anderen die Exportorientierung der kolumbianischen Wirtschaftsstruktur.

Ignacio Richani attestiert dem Kriegsunwesen Kolumbiens seinen Ursprung vor allem im **Fehlen einer adäquaten Lösung der Landrechtsproblematik**. Seit dem 19. Jahrhundert kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Landbesitzenden und Kolonisten. Zwischen 1875 und 1930 kam es zur Austragung von mehr als 450 gewaltsamen Konflikten. Das kolumbianische Rechtssystem war nicht imstande eine zufriedenstellende Aussage über die Eigentumsrechte zu treffen, ca. 20% der Ländereien mit mehr als 20 Hektar Fläche haben immer noch keinen Besitzer – die Zahl der kleineren Grundstücke liegt noch weit höher. Die Unklarheit über die Besitzverhältnisse griff auch auf die Städte über, in denen gewaltsam Vertriebene auf der Suche nach besseren Lebensmöglichkeiten waren und diese in der Besetzung von Privateigentum zu finden glaubten, was in Folge zu Konfrontationen mit der Staatsgewalt und Paramilitärs führte. Angesichts der Ineffizienz des Rechtswesens wäre es wichtig, Lösungswege für das Problem zu finden, aber anstatt sich den Herausforderungen zu stellen, setzt der Staat lediglich Exekutivgewalt und Paramilitärs ein. Die Verlagerung der Konflikte vom Land in die Städte macht eine rasche Lösung noch notwendiger. Da diese aber immer noch in weiter Ferne zu sein scheint, haben es die Guerillas verstanden in diesem Bereich Fuß zu fassen indem sie den Besetzern Schutz bieten.

Die **sozialen Strukturen Kolumbiens** blieben in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend unangetastet; Kolumbien war und ist von einer **hohen sozialen Spaltung**, einer äußerst **ungleichen Landverteilung**, einer **dualistischen Wirtschaftsstruktur** und einem **geschlossenen politischen System** charakterisiert, was die Entstehung von Guerillaorganisationen maßgeblich begünstigt hat, die auch die Hauptkonfliktachse des Krieges darstellen.

Die Zweiparteienstruktur legte den Grundstein für die Entwicklung der „gaitanistischen Bewegung“, die aus der Liberalen Partei hervorging und sozialistische Züge aufwies. Mit der Ermordung ihres Anführers Jorge Eliécer Gaitán am 9. April 1948 kam es zu einem Volksaufstand, dem „bogotazo“. Gaitán war Präsidentschaftskandidat der Liberalen Partei und in Kreisen der Oligarchie beider Parteien verhasst, weil er sozialistische und antiimperialistische Ideen im Volk deponierte. In den folgenden Kämpfen kamen 1.500 Menschen ums Leben, weitere 20.000 wurden verletzt.

Ab 1948 kam es zu blutigen Auseinandersetzungen die als „**Violencia**“ (Gewalt) bezeichnet werden. Hier ist der Ursprung der paramilitärischen Todesschwadronen zu finden, die von Großgrundbesitzern als private Armee für die Vertreibung der Bauern und Bäuerinnen eingesetzt wurde. Als Konsequenz daraus, lässt sich hier auch der Ursprung des bäuerlichen Widerstandes festmachen, nachdem einige Liberale und die Kommunistische Partei 1949 zur Organisierung der Volksverteidigung aufgerufen hatten. Es galt gegen die „Blut und Feuer – Politik“ der Regierung aufzustehen und eine organisierte Selbstverteidigung der Massen zu erreichen.

Um den Ursprung des Krieges gegen das eigene Volk zu datieren, bietet sich die **9. Pan-amerikanische Konferenz 1948** an, bei der im Zeichen des Beginns des Kalten Krieges die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) gegründet (von Kolumbien am 30. April 1950 unterzeichnet) und die antikommunistische Strategie der „Kontinentalverteidigung“ begründet wurde. Die Konferenz musste in Folge der Unruhen abgebrochen werden.

Mit Hilfe der Armee konnte die Regierung die Aufstände niederschlagen und gestaltete das Kabinett so um, dass Ministerposten jeweils zur Hälfte mit Konservativen bzw. Liberalen besetzt wurden. Die innenpolitischen und innerstaatlichen Spannungen bestanden aber weiterhin. Als mittels Verordnung verlautbart wurde, dass Versammlungen und Paraden verboten sind, schieden die Liberalen aus der Regierung aus und zogen infolgedessen auch ihre Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen zurück. Die Regierung wurde auf Wahlrechtsverletzung verklagt, der konservative Kandidat Laureano Gómez Castro gewann die Wahlen im November 1949 ohne Gegenkandidat und trat im August 1950 sein Amt an. Zwischen der Wahl und der Amtseinführung kam es neuerlich zu Ausschreitungen – Guerillaorganisationen agierten in abgelegenen Landesteilen, die Regierung erklärte den Notstand und nahm eine Suspendierung der Sitzungsperiode des Kongresses vor.

Die Vorwürfe in Richtung Regierung beinhalteten vor allem Unterdrückung der Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Auf dem Parteitag der Liberalen kam es zum Beschluss, die Wahlen auch weiterhin zu boykottieren.

Im Februar 1953 ließ die Konservative Partei einen neuen Verfassungsentwurf vorstellen, der Kolumbien zu einem totalitären Regime à la Spanien unter Franco machen sollte. Teile der Konservativen sowie die Liberalen bekämpften diesen Entwurf und billigten den Sturz Gómez' durch eine Militärjunta.

Am 13. Juni 1953 setzte man General Rojas Pinilla als provisorischen Präsidenten ein, der versprach die Violencia zu beenden. Sein Angebot an die Guerillas lautete wie folgt: nach Niederlegung der Waffen, sollte den AktivistInnen Amnestie gewährt werden. In Folge ließen sich weite Teile der liberalen Guerilla entwaffnen. Allerdings hielt der Diktator seine Versprechen nicht und ließ viele Guerilleros erschießen und verbot die Kommunistische Partei.

1957 wurde der Diktator dann gestürzt, weil die Führungen der beiden Parteien ihre Interessen nicht mehr wahrgenommen sahen. In Folge einigte man sich darauf, sich nach jeweils 4 Jahren Regierungszeit abzuwechseln. Erneut propagierte man Amnestie für die bewaffneten Gruppen, allerdings schlossen sich die Kommunisten der Niederlegung der Waffen nicht an. Im Laufe der folgenden Jahre wurden verschiedene Organisationen gegründet, die als Widerstandsgruppen im Konflikt tätig waren oder noch sind.

Die erfolgreiche kubanische Revolution wirkte wie ein Rückenwind für die unbewaffnete Linke und die Gewerkschaften was ihren Einfluß auf die ArbeiterInnen anbelangte. Organisierte Selbstverteidigung, Rückkehr vieler Vertriebener, Kampf gegen die Ungerechtigkeit und für die Demokratie – so könnten die Schlagworte dieser Zeit lauten. Ziel war die Kombination aller Varianten des Massenkampfes unter ausdrücklichem Einschluss bewaffneter Formen.

Das System der zwei Parteien wurde und wird vor allem von der kolumbianischen Bourgeoisie instrumentalisiert um sicher zu gehen, dass die eigenen Interessen in direkte politische Entscheidungen umgesetzt. In den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts kam es zur **Herausbildung zweier weiterer Faktoren im Krieg**: dem **Paramilitarismus** und dem **Drogenhandel**; beide beeinflussen den Konflikt maßgeblich und waren für die Eskalation des Krieges mitverantwortlich.

## 2. Akteure des Krieges

Neben Staat, Guerilla und paramilitärischen Gruppierungen, existieren in Kolumbien eine Vielzahl weiterer Gewaltakteure, die zusammen ein komplexes Beziehungsgeflecht bilden und zudem von den Interessen der Drogenmafia beeinflusst werden.

Die Ursprünge des Krieges liegen in den Guerillaaufständen der 60er Jahre, als sich Angehörige der ländlichen Bevölkerung organisierten, um den bestehenden Staat durch eine neue soziopolitische Ordnung zu ersetzen. Die kolumbianische Guerilla entstand wie in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern unter dem Eindruck der Kubanischen Revolution, der nationalen Befreiungskämpfe in Asien und Afrika, sowie der Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung. Während diese

Gruppen in der Mehrheit der Länder ein kurzlebiges Phänomen waren, überstanden sie in Kolumbien alle Versuche der Marginalisierung, Repression und militärischen Zurückdrängung. Schauplatz der Kampfhandlungen waren bislang vor allem die ländlichen Regionen Kolumbiens, heute sind allerdings auch die Städte zunehmend von dem Bürgerkrieg betroffen.

## **a) Guerillas**

Kolumbien ist ein Land, in dem es seit geraumer Zeit beinahe jeden Monat einen kleinen „11. September“ gibt. Diese neue Phase des seit 40 Jahren andauernden bewaffneten Konflikts begann mit der Aufkündigung des Friedensprozesses zwischen der Guerillaorganisation FARC und dem kolumbianischen Staat durch die Regierung Pastrana, im Februar 2002 setzte die Eskalation des Konfliktes ein. Die im August 2002 vereidigte Regierung Uribe, verfolgte seitdem eine militärische Lösung der Auseinandersetzungen und damit noch einen härteren Konfrontationskurs. Die Guerilla antwortete darauf mit einem umfassenden Strategiewechsel – der Operationsweise als Terrornetzwerk in den Städten.

- **FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia)**

### **Beschreibung:**

- entstand 1964, als einer der militärischen Flügel der Kolumbischen Kommunistischen Partei
- älteste, größte und die am besten ausgerüstete marxistische Rebellengruppe
- die FARC wird durch ein Sekretariat regiert und von Manuel Marulanda („Tirofijo“) und sechs anderen Mitgliedern, inklusive dem Seniorekommandanten Jorge Briceño („Mono Jojoy“) geführt
- bis in die 1990er Jahre hinein konnte man die FARC als den bewaffneten Arm der Kommunistischen Partei bezeichnen, heute sind sie jedoch politisch autonom
- zu ihren zentralen Forderungen zählt die Verbesserung der Lebensbedingungen für die ländliche Bevölkerung durch eine „revolutionäre Agrarreform“

### **Aktivitäten:**

- Bombenattacken, Ermordungen, tödliche Attacken, Kidnapping, Erpressungen, Hijacking und Drogenhandel
- Guerilla- und konventionelle Aktionen gegen politische, ökonomische und militärische Ziele

### **Stärke:**

- ungefähr 12.000 gerüstete Kombattanten und noch tausende von Förderern, meistens in Agrargebieten
- insgesamt bis 15.000 Kämpfer, die Mehrheit der Kämpfer hat einen bäuerlichen Hintergrund, etwa ein Drittel sind Frauen

### **Operationsgebiete:**

- Kolumbien (Erpressung, Kidnapping, Logistik, Drogenhandel), Venezuela, Ecuador, Panama

### **Externe Hilfe:**

- Kuba liefert medizinische Versorgung und politische Konsultationen
- Explosionentraining von der IRA

## **• ELN (Ejército de Liberación Nacional)**

### **Beschreibung:**

- marxistische Rebellengruppe, die 1965 von den Intellektuellen – inspiriert von Fidel Castro und Che Guevara – gegründet wurde
- anders als die FARC, grenzt sich die ELN klar von der Kommunistischen Partei ab
- 1999 begann ELN mit der Pastrana Regierung die Verhandlungen über die Massenentführungen - in welchen jedesmal mindestens ein Bürger der USA inkludiert war - um die Stärke zu zeigen und Pastrana zu Verhandlungen zu bewegen
- der Friedensdialog begann, ist aber nur zögernd vorangeschritten und wurde wieder abgebrochen

### **Aktivitäten:**

- Kidnapping, Hijacking, Bombenattacken, Erpressungen
- minimale konventionelle militärische Kapazität
- jährlich werden hunderte von Lösegeldkidnappings durchgeführt, oft gezielt auf ausländische Angestellte der großen Korporationen, vor allem in der Ölindustrie

### **Stärke:**

- ungefähr 5.000 gerüstete Kommbatanten und nicht bekannte Anzahl von Unterstützern (ELN ist militärisch wesentlich schwächer als die FARC)

### **Operationsgebiet:**

- Agrargebiete und Berge im Norden, Nordosten und Südwesten Kolumbiens und an den Grenzgebieten von Venezuela

### **Externe Hilfe:**

- Kuba liefert medizinische Hilfe und verfügt ueber politische Konsultationen.

- **Guerillaorganisation M-19**

1972 wurde die Guerillaorganisation *M-19* gegründet. Anlass dafür war die Wahlmanipulation, die General Rojas Pinilla (*ANAPO*) seinem konservativen Gegenkandidaten Misael Pastrana bei den Präsidentschaftswahlen 1970 vorwarf. Bei den Urnengängen war Rojas dem späteren Präsidenten Pastrana nach offiziellen Angaben unterlegen. Die strukturellen Ursachen lassen sich im autoritären Charakter des Regimes der Nationalen Front (1958-1974) verorten. Der Pakt zwischen Liberaler und Konservativer Partei (*PLC* und *PC*) hatte eine eigenständige legale politische Beteiligung dritter Parteien verfassungsrechtlich verboten. Im *M-19* sammelte sich ein Teil der ausgeschlossenen Gruppierungen. **Hauptziel** war die **Öffnung des Zweiparteiensystems** und die **Demokratisierung von Staat und Gesellschaft**. Ihr Kampf galt der **Zurückdrängung der traditionellen politischen Klasse** und den transnationalen Konzernen.

Bei der Verfolgung dieser Ziele setzte die Guerillaorganisation *M-19* direkte Gewalt, Entführungen, Erpressung, aber auch politisches Kalkül ein. *M-19* zeichnete sich (aufgrund der heterogenen Zusammensetzung) durch eine gewisse ideologische Offenheit und wenig Dogmatismus aus. Als **nationalistische und antiimperialistische Bewegung** unterhielt sie im Unterschied zu anderen Organisationen keine Anbindung an die internationalen Zentren der sozialistischen Linken (die Sowjetunion und China). Engere Kontakte ging *M-19* lediglich zu Kuba und Nicaragua sowie den argentinischen *Montoneros* und uruguayischen *Tupamaros* ein.

**Die Entwicklung der Organisation lässt sich in vier Phasen gliedern:**

- **Gründungsphase (1972-1978):** Aufbau eines populistischen Images, die KämpferInnen richteten ihre oft publikumswirksamen Überraschungsschläge darauf aus, die Sympathie der Bevölkerung zu erobern (Robin-Hood-Guerilla).
- **Zweite Phase von 1978 bis 1981:** *M-19* zog aufgrund zahlreicher spektakulärer Aktionen die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf Kolumbien, gleichzeitig nahm die Repression vor allem unter der Regierung Turbay Ayala (1978-1982) gegen ihn zu.
- **dritte Phase von 1981 bis 1985:** es begann der Aufbau einer größeren militärischen Truppe in ländlichen Regionen. Diese Zeit gilt als Anfang des Endes der Guerilla. Sie musste bedeutende Rückschläge wie die misslungene Landung in den *departamentos* Chocó und Nariño, den gescheiterten Aufbau einer lateinamerikanischen Armee (*Batallón América*) und 1985 die blutige Niederschlagung der Besetzung des Justizpalastes hinnehmen. Das Militär ermordete oder verhaftete die an der zuletzt genannten Aktion beteiligten *M-19*-Mitglieder.
- **vierte Phase von 1985 bis zur Unterzeichnung des Friedensabkommens 1990:** zeichnete sich durch die relative militärische Schwäche des *M-19*, die Annäherung der Konfliktparteien, die Suche nach der Beendigung des bewaffneten Konfliktes und die Einforderung von Reformen aus.

### Der Friedensprozess der Regierung Pastrana: „Verhandlungen im Krieg“:

In den letzten 20 Jahren haben sechs kolumbianische Präsidenten Anstrengungen unternommen, den bewaffneten Konflikt zu beenden. Drei Regierungen suchten den Verhandlungsweg zur internen Konfliktlösung, am eindeutigsten wohl die von Präsident **Belisario Betancourt (1982-1986)** und die derzeitige des Präsidenten **Andrés Pastrana Arango (1998 bis 2002)**. Sein Gesprächsangebot an die Guerilla und ein persönliches Treffen mit dem über 70-jährigen Führer der FARC, Manuel Marulanda, bescherten ihm im Sommer 1998 einen überwältigenden Wahlsieg.

Die Brutalisierung des Krieges, die Vertiefung der Wirtschaftskrise, eine über 20%ige Arbeitslosigkeit, zunehmende Armut und Ungleichheit und der Mangel an greifbaren Erfolgen im Verhandlungsprozess ließen die mit dem Amtsantritt Pastrana im August 1998 verbundenen übergroßen Hoffnungen der kolumbianischen Bevölkerung zerrinnen.

### Der Friedensprozess:

Friedensgespräche zwischen Regierung und *M-19* fanden Ende der 80er Jahre nicht zum ersten Mal statt. Bereits Belisario Betancur (1982-1986) amnestierte gleich zu Beginn seiner Amtszeit im November 1982 alle politischen Gefangenen. Doch strategische gesellschaftliche Gruppen wie der Unternehmensektor, die meisten Kongressmitglieder und das Militär standen einem Friedensprozess äußerst skeptisch gegenüber bzw. torpedierten ihn. Die Beteiligten verletzten immer wieder getroffene Vereinbarungen. Hauptstreitpunkt war vor allem die Nichteinhaltung ausgehandelter Waffenstillstände, die Ermordung und Verhaftung von Guerillamitgliedern, Entführungen und Erpressungen. Mit der Besetzung des Justizpalastes und ihrer blutigen Niederschlagung durch das Militär im November 1985 galt der Friedensprozess unter der Regierung Betancur endgültig als gescheitert.

Danach schien der *M-19* militärisch geschwächt. Politische Beobachter sahen darin einen wesentlichen Grund für seine Bereitschaft zu Friedensverhandlungen unter der neuen Regierung Barco. Diese befürwortete die Friedensverhandlungen mit dem *M-19* vor allem aufgrund einer spezifischen politischen Konjunktur Ende der 80er Jahre. Der Druck verschiedener gesellschaftlicher Kräfte auf die Regierung erreichte einen vorläufigen Höhepunkt. Streiks der Zivilbevölkerung hatten zugenommen. Sie ließen sich nicht einfach durch Repression im Zaum halten. Die Drogenmafia forderte Staat und Gesellschaft durch Bombenattentate heraus. Paramilitärische Gruppen und die verschiedenen Guerillaorganisationen führten einen harten Kampf um die militärische und territoriale Dominanz im Land.

Die Forderungen der Guerilla nach einer Demokratisierung des politischen Systems koinzidierten außerdem mit denen anderer zivilgesellschaftlicher Akteure. Die Friedensverhandlungen fanden deshalb in einer für die Guerillaorganisation trotz ihrer eigenen militärischen Schwäche besonders "vorteilhaften" politischen Konjunktur statt.



Dennoch fiel das Friedensangebot Barcos zunächst recht mager aus. Der Präsident bot lediglich die politische Beteiligung des *M-19* im Falle einer Waffenabgabe an, aber keine Reformen in Wirtschaft und Staat. 1987 verabschiedete die Guerilla den "demokratischen Pakt" und betonte dadurch ihren Friedenswillen. Im September 1988 lancierte Barco schließlich seine Friedensinitiative. Der Präsident sah in einer Verfassungsreform, die vom Kongress genehmigt werden musste, eine Möglichkeit, die akute Krise zu entschärfen. Zusätzlich implementierte er sozioökonomische Programme für bestimmte Krisengebiete über den *Plan Nacional de Rehabilitación, PNR*. Barco intendierte, die politischen und sozialen Strukturen des Landes derart zu verändern, dass der Diskurs der Guerilla ins Leere lief. Die Rebellen sollten an der Verfassungsreform anfangs nur insofern beteiligt werden, als die Regierung ihnen die Möglichkeit einräumte, während einer Anhörung vor dem Kongress ihre Vorschläge vorzutragen. Letztlich überwand der Präsident aber den Widerstand des Kongresses gegen die Reformen nicht. Dies brachte auch die Friedensgespräche mit dem *M-19* zunächst an den Rand des Scheiterns.

Am 10. Januar 1989 unterzeichneten Guerilla und Regierung dennoch ihre erste gemeinsame Erklärung. Sie richteten anschließend eine "Entspannungszone" in Santo Domingo ein. Im März wurden verschiedene Verhandlungsrunden vereinbart. Beide Parteien planten bei diesen Treffen, die Details für ein Friedensabkommen auszuarbeiten. Vor allem durch das Verhalten des Militärs und der Polizei, denen u.a. die Ermordung von Mitgliedern der Guerillaorganisation zur Last gelegt wurde, geriet der Friedensprozess immer wieder ins Stocken

Um ihn zu dynamisieren, entführte der *M-19* am 29. Mai 1989 den konservativen Politiker Alvaro Gómez, was auch die gewünschte Wirkung zeigte. Ab dem 13. Juli 1989 wurden eine Reihe von Reformvorschlägen für die Bereiche Verfassung, Wahlen, Justiz, Sicherheit und Wirtschaft diskutiert. Am 5. Oktober 1989 erklärten sich 227 Mitglieder des *M-19* bereit, die Waffen niederzulegen. Als Ergebnis der Verhandlungsrunden in Santo Domingo unterzeichneten Regierung, *M-19*, die Liberale Partei und die Kongresspräsidenten am 2. November 1989 unter Beisein von Vertretern der Katholischen Kirche den ***Pacto Político por la Paz y la Democracia***. Der "Pakt für Frieden und Demokratie" legt die Bedingungen für eine Rückkehr der Rebellen ins Zivilleben und eine Umwandlung der Gruppe in eine politische Partei fest.

Der Pakt wurde auch von der regierenden Liberalen Partei unterzeichnet, nicht aber von den oppositionellen Konservativen. Diese lehnen eine Sonderregelung für die Parlamentswahlen im nächsten Jahr ab. Danach brauchen Kandidaten der *M-19* für eine Wahl in den Senat nur 6.000 Stimmen und für das Repräsentantenhaus nur 4.000 Stimmen. Normalerweise sind dazu 50.000 und 60.000 Stimmen erforderlich. Innenminister Carlos Lemos Simmonds erklärte aber, er sehe lieber "20 *M-19*-Leute im Senat als 2.000 Guerrilleros im Busch". Am 9. März 1990 gab sie schließlich als erste einer Reihe bis Mitte der 90er Jahre befriedeter Guerillaorganisationen die Waffen ab und unterzeichnete den Friedensvertrag. Die Reformforderungen des *M-19* fanden darin keine explizite Erwähnung. Zwei Tage später nahm die neue Gruppierung bereits an Wahlen teil.

### Der Integrationsprozess:

Integrationsprozesse folgen in Kolumbien einem mit den zu Beginn der 90er Jahre entwaffneten Organisationen etablierten Schema. Der *M-19* schienen die sozialen und ökonomischen Aspekte der Integration zunächst sekundär. Die führenden Mitglieder der Organisation lehnten allein schon den von der Regierung gewählten Begriff der Reintegration ab. Sie wollten sich an der Gestaltung neuer staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen beteiligen und sahen sich als Teil dieses Reformprojektes.

### Evaluierung des Integrationsprozesses:

Für einen geordneten Integrationsprozess der Guerilla gab es Ende der 80er Jahre keine nationalen Vorbilder. Die heute etablierten institutionellen Strukturen waren 1990 noch nicht vorhanden. Die Regierung Gaviria eröffnete das erste staatliche Reintegrationsbüro (*Oficina Nacional de Reinserción*) am 29. April 1991 - also 13 Monate nach der Demobilisierung des *M-19*. Vom 26. Dezember 1992 an gab es schließlich das "**Programa Presidencial para la Reinserción**". Den Ex-Guerilleros stand also zunächst innerhalb der Administration keine einheitliche Anlaufstelle zur Verfügung. Dies führte zu Missverständnissen und Verzögerungen bei der Auszahlung der Gelder und der Implementierung der Programme. Probleme entstanden bereits bei der Verifizierung derjenigen, die Anspruch auf staatliche Leistungen hatten. Regierung und Guerilla vereinbarten keinen Zeitpunkt, zu dem sie den Prozess der Integration als abgeschlossen ansehen wollten. Sanktionen bei einer etwaigen Nichteinhaltung des Zeitrahmens und der Vereinbarungen sahen sie nicht vor.

Finanzielle Eingliederungshilfen und Kredite erwiesen sich insgesamt als unzureichend, um die schnelle soziale Integration der meisten Guerillamitglieder zu gewährleisten. Dies erschwerte die politische Arbeit des *M-19* an der Basis. Die meisten Ex-Guerilleros waren bereits hoch verschuldet, als die Regierung die Existenzgründungskredite nach einigen Verzögerungen auszahlte.

Der Ansatz der Regierung Gaviria, ehemalige Guerilleros ohne geeignete Fortbildung und mit geringer finanzieller Unterstützung in KleinunternehmerInnen zu verwandeln, erwies sich als zu idealistisch. Fast alle Projekte scheiterten. Die Kämpfe erschwerten eine systematische Produktion und Vermarktung von Agrargütern und spitzten die ohnehin schwierige Situation der Landwirtschaft dramatisch zu.

Die negative Einstellung der Parlamentarier hielt die neue Partei dennoch nicht von der Wahlbeteiligung ab. Der ehemalige Chef des *M-19*, Carlos Pizarro, kandidierte im März 1990 - 48 Stunden nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens - für das Bürgermeisteramt in Bogotá. Im Gemeinderat der Hauptstadt war bei den Lokalwahlen Ramiro Lucio erfolgreich. Pizarro erklärte zehn Tage nach diesen Urnengängen seine Kandidatur für das Präsidentenamt. Er wäre zunächst beinahe aufgrund eines falsch verstandenen Legalismus gescheitert. Pizarros politisches Engagement wurde allerdings am Ende April 1990 durch ein tödliches Attentat beendet: Nach Berichten des Radiosenders RCN war der Attentäter, der Pizarro mit drei Schüssen in den Kopf verletzt hatte, von dessen

Leibwächtern niedergeschossen worden und noch im Flugzeug gestorben. Nach einer Verbrechensrekonstruktion wiesen viele Indizien darauf hin, dass der staatliche Sicherheitsdienst *DAS* in den Mord verwickelt war. Dies kann als schwerer Vertrauensbruch des Staates gegenüber der Guerilla gewertet werden. Bei der Präsidentschaftswahl erzielte Pizarros Nachfolger Antonio Navarro am 27. Mai 1990 mit 13 Prozent der Stimmen weit mehr als frühere Oppositionskandidaten und damit einen Achtungserfolg.

Bei den Präsidentschaftswahlen in Kolumbien hat der Kandidat der regierenden Liberalen Partei, Cesar Gaviria, erwartungsgemäß gesiegt. Gaviria, der als jüngster gewählter Präsident in der Geschichte Kolumbiens am 7. August das Amt antritt, gelobte in seiner Siegesrede, den Drogen-Terrorismus zu besiegen. Sowohl Gomez als auch Navarro Wolff erkannten den Sieg Gavirias in der Nacht zum Montag an. Gomez, der 23,83 Prozent der Stimmen erhielt, bekundete seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der neuen Regierung. In Meinungsumfragen waren ihm zwischen fünf und zehn Prozent der Stimmen eingeräumt worden. Navarro war erst im April in den Wahlkampf eingestiegen, als Nachfolger vom Ex-Guerillachef Carlos Pizarro. Navarro wurde deshalb Anfang der 90er Jahre als ein ernst zu nehmender Gegner der traditionellen Parteien gehandelt. Sein Vorgänger Pizarro hatte sich bereits im Präsidentschaftswahlkampf für die Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung (*Asamblea Nacional Constituyente, ANC*) durch eine Volksbefragung stark gemacht. Die Beteiligung an der *ANC* und die Erarbeitung der von ihr vorgelegten Verfassung von 1991 war der größte politische Erfolg des *M-19*.

Bei den Urnengängen zur *ANC* vereinigte die *AD/M-19* rund 26 Prozent der Stimmen und 19 Sitze auf sich. Dies sicherte Antonio Navarro einen der drei Vorsitze innerhalb der Versammlung und den Delegierten einen breiten Spielraum bei der Abstimmung der Verfassungsartikel. Den Kongressmitgliedern war durch die *ANC* ihr Mandat entzogen worden. 1991 kam es deshalb zu Neuwahlen. Damals entsandte die *AD/M-19* 13 Abgeordnete ins Repräsentantenhaus und stellte neun Senatoren.

Nach den anfänglichen Erfolgen setzten bereits 1992 erste Krisenerscheinungen innerhalb der *Alianza Democrática M-19* ein. 1993 legte Antonio Navarro den Parteivorsitz nieder. Mit den Kongresswahlen 1994 begann der wahlpolitische Abstieg. Den Wahlstrategien der Liberalen Partei folgend, präsentierte die *Alianza* statt einer einzigen 24 Listen für das Abgeordnetenhaus und 12 für den Senat und scheiterte dabei. Bei den Urnengängen 1991 hatten die Kandidaten noch alle eine landesweite Liste aufgestellt. Doch 1994 wollte keiner einen schlechten, hinteren Platz einnehmen und so seine Nichtwahl riskieren. Bis auf einen, verlor die Partei alle Sitze im Parlament.

### **Gründe für die bescheidenen wahlpolitischen Erfolge der *Alianza Democrática M-19*:**

#### Zu den überwiegend organisationsinternen Gründen zählen:

- Das Fehlen eines echten alternativen Politikprojektes
- Machtallüren und Führungsschwäche des Parteivorsitzenden sowie mangelnde innerparteiliche Demokratie in den Entscheidungsstrukturen

- Mangelnde Ergebnisse der legislativen Arbeit
- Die Vernachlässigung beim Aufbau einer Parteistruktur und der lokalen Arbeit an der "Mitglieder-" und Wählerbasis
- Die interne Fragmentierung der AD/M-19
- Die unzureichende Integration neuer sozialer Gruppen

Zu den überwiegend durch die staatlichen Rahmenbedingungen hervorgerufenen Gründen zählen:

- Die Fragmentierung des staatlichen Gewaltmonopols und die mangelnde Rechtsstaatlichkeit
- Interne Fragmentierung der Parteien, abnehmende Parteiidentifikation und Politikverdrossenheit
- Mangelnde staatliche und gesellschaftliche Unterstützung für neue Parteien

## **b) Paramilitärische Gruppierungen**

Die ersten paramilitärischen Gruppierungen wurden in den 1980er Jahren gegründet. An ihrer Entwicklung und Unterstützung waren neben Großgrundbesitzern auch Drogenhändler, Opfer der Guerilla sowie Teile des Militärs beteiligt.

Nicht alle dieser Bewegungen sind tatsächlich paramilitärisch dem Wortsinn nach, das heißt indem sie den Staat in seinem Kampf gegen die Guerilla unterstützen. Zum Teil handelt es sich um mafiotische Gruppierungen, die aufgrund ihrer finanziellen Unabhängigkeit auch in der Lage sind, gegen den Staat vorzugehen, so etwa durch die Ermordung von Richtern, Polizeiangehörigen oder Präsidentschaftskandidaten.

- **AUC (Autodefensas Unidas de Colombia)**

Die wichtigste paramilitärische Gruppierung sind die AUC (Vereinigte Selbstverteidigungsgruppen von Kolumbien), die 1997 unter ihrem Führer Carlos Castaño gegründet wurden. Die AUC ist eine Dachorganisation, die eine Anzahl lokaler Bewegungen auf nationaler Ebene koordiniert und innerhalb von vier regionalen Generalstäben hierarchisch strukturiert. Gegenwärtig schätzt man ihre Mannschaftsstärke auf etwa 13 000 Kämpfer.

Ihre Mitglieder verstehen sich selbst als Verteidiger des sozialen Rechtsstaates, die in Anbetracht der Unfähigkeit des Staates und seiner Streitkräfte der wachsenden Bedrohung durch die Guerilla entgegenzutreten wollen. Die Massaker, selektiven Mordaktionen, Entführungen und Erpressungen der AUC richten sich jedoch in vielen Fällen nicht direkt gegen die Guerilla, sondern gegen Angehörige der Zivilbevölkerung, die im Verdacht stehen mit der Guerilla zu sympathisieren oder diese zu unterstützen. Dies entspricht der Strategie der Paramilitärs, ihren Gegner an seiner schwächsten Stelle, dem zivilen, unbewaffneten Umfeld zu treffen. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* sind die Paramilitärs für 300 von 400 jährlich in Kolumbien verübten Massaker

verantwortlich. Insgesamt werden ihnen 75% der Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien zugeschrieben.

In den letzten Jahren sind die Paramilitärs sowohl militärisch und organisatorisch als auch in ihrer Positionierung in den Medien deutlich stärker geworden. Nun versuchten sich die AUC zunehmend als rechte politische Gruppierung zu profilieren und fordern direkte Verhandlungen mit der Regierung. Bislang konnten sie diese Forderungen jedoch nicht durchsetzen, was nicht zuletzt auf die massiven Proteste der FARC zurückzuführen ist.

### **c) Staatliche Streitkräfte**

Mit einer Mannschaftsstärke von ca. 144.000 Soldaten besitzt Kolumbien, nach Brasilien und Mexiko, die drittstärkste Armee Lateinamerikas. Ein Drittel der Armee besteht aus Berufssoldaten, die restlichen zwei Drittel sind Wehrdienstleistende, die für eine Dauer von 12 bis 18 Monaten eingezogen werden.

Nachdem die Streitkräfte 1997 und 1998 schwere Niederlagen im Kampf gegen die Guerilla hinnehmen mussten, beschloss die Regierung umfassende Reformen der Armee durchzuführen und sich strategisch neu zu orientieren. Bisher waren die Streitkräfte vorwiegend an festen Stützpunkten stationiert, um auf diese Weise eine flächendeckende Kontrolle des Landes herzustellen. Die Truppen erwiesen sich jedoch als äußerst inflexibel und zu unbeweglich. Als Reaktion darauf wurden nun zusätzlich mobile Einheiten geschaffen, die innerhalb kürzester Zeit bis zu 2.000 Elitesoldaten an jeden Punkt Kolumbiens schaffen können. Zusätzlich wird zur Zeit die Truppenstärke beträchtlich erhöht und eine Modernisierung der Ausrüstung vorgenommen. Die Finanzierung dieser Reformen erfolgt weitgehend im Rahmen des *Plan Colombia*, der auch die Lieferung von Blackhawk-Hubschraubern und die Entsendung US-amerikanischer Militärausbildner einschließt.

Angehörigen der regulären Streitkräfte wird immer wieder die Kooperation mit illegalen paramilitärischen Gruppierungen nachgewiesen. Im harmlosesten Fall äußert sich diese Verbindung in Form einer passiven Unterstützung, das heißt, indem das Militär bei illegalen Aktionen der Paramilitärs „wegschaut“, es wurden aber auch zahlreiche Fälle dokumentiert, in denen Militärangehörige paramilitärische Truppen mit Informationen, Plänen, Waffen, Munition und medizinischer Hilfe versorgt haben. In anderen Quellen wird darüber berichtet, dass sich reguläre Militärangehörige in den Uniformen paramilitärischer Gruppierungen an Massakern beteiligten.

Die FARC sehen den Paramilitarismus als gezielte Politik des Staates an und bezeichnen die Mitglieder der AUC als „illegalen Arm des Staates“. Sie gehen davon aus, dass ein Großteil der paramilitärischen Aktionen mit den staatlichen Streitkräften abgesprochen wird. Mit dieser Einschätzung stehen sie nicht alleine. In einem Bericht von *Human Rights Watch* aus dem Jahr 2000 heißt es, dass Paramilitärs mit staatlichen Streitkräften durch Hunderte von Mobiltelefonen oder „Beepern“ in Verbindung stünden.

## d) USA

### Der „Plan Colombia“ und die USA – Staatsschwäche im System der internationalen Politik:

**1. Theoretischer Ausgangspunkt:** „Staatszerfall“, die Aushöhlung des staatlichen Monopols legitimer Gewaltausübung, Bürgerkriege und bewaffnete Konflikte innerhalb eines staatlichen Territoriums mögen zwar in historischer Sicht überwiegend oder sogar ausschließlich *endogene* Ursachen aufweisen, *können aber in ihrem Verlauf und den Ergebnissen im heutigen System internationaler Politik und supranationaler Institutionen nicht mehr aus nationalstaatlicher Perspektive, als „innenpolitische“ Angelegenheit allein begriffen werden.* Oberhalb einer gewissen Schärfe der Auseinandersetzungen haben zumindest Nachbar- und Anrainerstaaten solchen Prozessen immer schon Aufmerksamkeit zugewendet, ihre spezifischen militärischen, ökonomischen und sonstigen Interessen bezüglich der Konflikte definiert und auf dieser Grundlage Entscheidungen getroffen, die oft genug eine bedeutsame „*intervenierende Variable*“ im nationalen Szenario darstellten. Und spätestens seit dem Beginn des „Kalten Kriegs“ haben überdies die Supermächte USA und UdSSR bzw. die von ihnen dominierten Militärpakte den Zerfall von Staaten rund um den Globus stets als Gelegenheit und Herausforderung betrachtet, ihre Einflusssphären zu erweitern oder befürchteten Einflussgewinnen der Gegenseite zu begegnen. Mit der Schwächung des für die internationale Ordnung tragenden, aus der Zeit des „Westfälischen Friedens“ stammenden Grundsatzes der Nicht-Einmischung in die internen Angelegenheiten anderer Staaten und dem Aufkommen eines neuen „Universalismus“ der Menschenrechte (einschließlich sozialer Rechte), der unter anderem in einer außenpolitischen Doktrin der „Humanitären Intervention“ der USA und der UNO in den 90er-Jahren Ausdruck fand, traten schließlich neue Motive auf den Plan, die es ausschließen, Staatszerfallsprozesse unabhängig vom internationalen Kontext zu betrachten.

**2. „Ausländische“ staatliche Handlungsoptionen:** Nachbar- und Anrainerstaaten sowie Supermächten steht als Akteuren eine große Zahl von bi- und multilateralen politischen – darin eingeschlossen auch militärischen – Handlungsoptionen zur Verfügung, wenn es um die Intervention in Zerfalls- oder Restrukturierungsszenarien geht, beispielsweise:

- **Offene oder verdeckte Parteinahme zugunsten eines innerstaatlichen Akteurs** mit dem Ziel, ihm zum Sieg zu verhelfen, ihn vor einer endgültigen Niederlage zu bewahren, den Konflikt territorial einzugrenzen oder auch nur, um seine Kontrahenten von der Aussichtslosigkeit ihrer Position zu überzeugen und allenfalls einen Waffenstillstand herbeizuführen.
- Möglich ist auch eine **Parteinahme und Unterstützung (Waffenlieferungen, strategische und operationelle Hilfe auch durch diskrete PMC's, Finanzhilfe etc.) für zwei oder mehrere gegensätzliche innerstaatliche Akteure** mit dem Ziel, ein Kriegsszenario in eine Verhandlungssituation zu überführen, in der man selbst oder ein befreundeter Dritter eine Vermittlerrolle einnimmt.

- **Unbedingte Nicht-Intervention** unter dem Gesichtspunkt, dass keinerlei eigene Interessen berührt werden oder eine Neutralitätsverpflichtung besteht (z.B. Österreich/Afghanistan).
- **Konditionale Nicht-Intervention** auf Gegenseitigkeit („wir halten uns da heraus, solange es die anderen auch tun“).
- **Nicht-Intervention als „bargaining“-Ergebnis** („wir halten uns heraus, obwohl es andere nicht tun, weil sie unseren wichtigeren Interessen in einer ganz anderen Angelegenheit entsprochen haben bzw. künftig entsprechen sollen“, z.B. USA/Russland/Tschetschenien).

Darüber hinaus besteht anstelle oder ergänzend zu bi- und multilateralen Aktionen auch die Möglichkeit, einen Fall auf supranationale Ebene zu heben, also etwa vor die UNO.

**3. Ausländische nicht-staatliche Akteure:** Staatszerfallsprozesse tangieren häufig auch die partikularen ökonomischen Interessen *einzelner oder Gruppen von nicht-staatlichen Akteuren*, voran multinationalen Konzernen, die um ihre Vor-Ort-Investitionen, Rohstoffversorgungsquellen oder Absatzmärkte fürchten; für Waffenhersteller und -händler gelten sie regelmäßig geradezu als „business opportunities“. Sofern auf die Außenpolitik ihrer Stammländer nicht genügend Einfluß genommen werden kann, ist durchaus mit einem Handeln „auf eigene Faust“ zu rechnen, das die offizielle staatliche Außenpolitik auch unterlaufen (z.B. Embargobrüche über Umwege) oder sogar konterkarieren kann, was nicht notwendigerweise ihren Widerstand hervorrufen muss – es kann auch zu einer „stillschweigenden Duldung“ kommen. Auch diesen Akteuren stehen viele Mittel der Politik zur Verfügung, die von diskreten „Finanzhilfen“ (Korruption) bis in den militärischen Bereich (PMC’s) reichen.

**4.** Den innerstaatlichen Akteuren von Bürgerkriegen *ist dieser internationale Kontext in der Regel wohl bewusst und er wird strategisch und taktisch auch durchaus berücksichtigt*. Dabei sind allerdings die Regierungen der betroffenen Staaten gegenüber „Befreiungsbewegungen“ und anderen nicht-staatlichen Konfliktparteien strukturell stets im Vorteil, da sie überlegene Informationsbeschaffungsmöglichkeiten haben und auf (zumindest offizieller) politischer Ebene auch meist die alleinigen Gesprächs- und Verhandlungspartner des Auslands sind.

**5.** Ein höchst illustratives Beispiel für die Lageeinschätzung und Definition des nationalen Interesses der USA an der kolumbianischen Entwicklung liefert Henry KISSINGER, immerhin jahrzehntelang eine der Schlüsselfiguren der amerikanischen Außenpolitik, für den sich das Drogenproblem zynischerweise keineswegs als zentrales darstellt: *„In Lateinamerika wirkt der Drogenhandel destabilisierend; in den Vereinigten Staaten ist er (bloß!) eine politische Peinlichkeit und ein soziales Unglück“*. (Kissinger, S. 103) Es ist vielmehr der potentiell fortschreitende *„Zusammenbruch der staatlichen Ordnung“*, der *„Kolumbien zur bedrohlichsten außenpolitischen Herausforderung der USA in Lateinamerika macht“*, denn die schwerwiegenden Folgen einer endgültigen Auflösung der Staatsgewalt bestünden in einer *„Flüchtlingswelle, die unweigerlich Kolumbiens Nachbarn und die USA überschwemmen würde“* und

zurück bleibe „eine von Drogengeldern unterstützte radikale marxistische Regierung im größten und auf die längste Tradition zurückblickenden Andenstaat“ (Kissinger, S. 100). Einer allzu einseitigen Unterstützung der kolumbianischen Regierung stehe jedoch gleichzeitig die Gefahr entgegen, dass sich bei ihrem Sieg Guerillaaktivitäten und Drogenwirtschaft auf die Nachbarstaaten verlagern und dort destabilisierend wirken könnten. Ob die von den linksorientierten Regierungen CHAVEZ in Venezuela und daSILVA in Brasilien eingestandene Sympathie für die Guerilla tatsächlich ideologisch oder bloß durch das Bestreben motiviert ist, einen „Import“ kolumbianischer Verhältnisse auf ihr eigenes Staatsgebiet zu verhindern, lässt KISSINGER offen.

**6.** Nach mehr als 5 Jahrzehnten eines nahezu konstant hohen Gewaltpegels mit zuletzt rund 3.000-4.000 politisch motivierten Morden pro Jahr, in Anbetracht einer Armutsrate von ca. 55% der Bevölkerung und von ca. 1,5 Mio. landesinternen Flüchtlingen hat der kolumbianische Präsident Andres PASTRANA im September 1999 anlässlich eines USA-Besuchs Präsident CLINTON ein Gesuch über eine 7,5 Mrd. US\$ Finanzhilfe zur Verwirklichung seines „**Plan Colombia**“ vorgelegt, der auf ein Ende des Blutvergießens, eine nachhaltige Bekämpfung der Drogenwirtschaft, eine grundlegende Reform des Staats und eine ökonomische Wiederbelebung des Landes abzielte. Im Juli 2000 bewilligte CLINTON schließlich ein auf zwei Jahre angelegtes 1,3 Mrd. US\$ starkes (also nur 17% des behaupteten Bedarfs umfassendes!) Finanzhilfepaket an die kolumbianische Regierung, das sich primär auf den „war on drugs“ konzentrierte und damit in den USA innenpolitisch gut zu „verkaufen“ war, stammen doch ca. 90% des Kokain- und ca. 60% des Heroinrohstoffs der in den USA vertriebenen Drogen aus Kolumbien. Der Plan Colombia enthält:

- eine **militärische Komponente** (Lieferung von Waffen, Hubschraubern und Training für Polizei- und Drogenbekämpfungseinheiten)
- ein radikales **Drogenanbau-Vernichtungsprogramm**, das mit von der Luft her großflächig aufgesprühten chemischen und biologischen Pflanzenschadstoffen (z.B. Schimmelpilzkulturen) arbeitet (solche Aktivitäten haben die USA allerdings auch schon viel früher gefördert)
- **soziale Programme** im Bereich Schulen, Straßen, Gesundheit und Konversionshilfen für Bauern, die ihre Produktion auf legale Agrarprodukte wie Reis, Mais etc. umstellen
- **Menschenrechtsprogramme**, vor allem im Form von Schutz für einschlägige NGO's
- ein **Programm zur Reform des Justizsystems**, das sich vom Training für Richter und Staatsanwälte bis hin zur besseren Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und Entführungen erstreckt

**7.** So erfolgversprechend und ausgewogen der „Plan“ in seiner ursprünglichen Fassung auf dem Papier auch dargestellt war, so offensichtlich war danach auch die Unausgewogenheit der Verteilung der Finanzmittel: stolze 80% wurden dem kolumbianischen Militär und der Polizei zugeführt, nur 8%



verbleiben für soziale Entwicklung, 6% für Menschenrechtsaktivitäten, 4% für Flüchtlingshilfe und 2% für die Justizreform. Vor allem die Unterfinanzierung der sozialen Programme hat dazu geführt, dass der vertraglich zu fixierende Umstieg von illegalen auf legale Produkte schon aus wirtschaftlichen Gründen nur von wenigen Bauern vollzogen wurde – die Einkommensverluste erschienen wegen der niedrigen Ausgleichszahlungen zu hoch, dazu kam noch der Druck der Guerilla. Dazu notiert KISSINGER trocken: „*Leider ist der Plan Colombia mit seiner Beschränkung auf ein fast ausschließlich militärisches Vorgehen zum Scheitern verurteilt*“ (Kissinger, S. 101).

**8.** Schon kurze Zeit nach der Aufnahme intensiver „Besprühungsflüge“ zeigten sich **verheerende Auswirkungen des „Aerial Eradication Programs“ auf** zumindest **3 Ebenen:**

- Wegen der mangelnden Zielgenauigkeit wurde auch die legale Agrarproduktion, teilweise bereits das Ergebnis alternativer Entwicklungsprojekte (!), vernichtet und damit das Flüchtlingsproblem verschärft. Weil gerade Koka-Pflanzen sehr widerstandsfähig sind, besteht ein Trend zu immer aggressiveren Chemikalien.
- Es traten massive Gesundheitsschäden an Menschen und Haustieren auf, die sich durch Gewässerverschmutzung entlang von Flüssen sogar großflächig ausbreiteten und das Land auch in eine ökologische Katastrophe führten.
- Nach Schätzungen wird jeder m<sup>2</sup> vernichteter Anbaufläche durch 3 m<sup>2</sup> gerodeten Amazonaswald ersetzt.

**9.** Die kolumbianischen Regierung stellt zweifellos den Schlüsselakteur im Konflikt- und Staatszerfallsszenario dar. Im Mai 2002 erlitt die PASTRANA-Regierung nach 3 Jahren gescheiterter „Friedenspolitik“ („Strategie des Dialogs“) eine empfindliche Wahlniederlage und wurde dank der Unterstützung von 2 der 3 dominierenden Mediengruppen sowie massiven Wahlmanipulationen (nur 10 von 23 Mio. Wahlberechtigten nahmen teil) durch jene des als rechtsgerichtet und neoliberal geltenden parteiunabhängigen Außenseiterkandidaten und Staatspräsidenten Alvaro URIBE abgelöst. Sein Programm besteht einerseits in einer militärischen Lösung (z.B. Verdoppelung der Streitkräfte!, „law-and-order“ als zentrale Parolen) und andererseits einer „Internationalisierung“ des Konflikts (z.B. durch Einschaltung der UNO) bei strikter Anlehnung an die USA. In Anbetracht seiner schillernden Biografie galt er Kritikern von Anfang an als „Narco-Kandidat“ mit engsten Verbindungen zur Drogenmafia, dem vor allem in Europa mit Zurückhaltung begegnet wird (1982 zum Bürgermeister von Medellín gewählt, unterstützte er ein vom Drogenbaron Pablo ESCOBAR mitfinanziertes soziales Wohnbauprogramm, mit dem auch letzterer seine Akzeptanz in der Stadt deutlich erhöhte; später, im Amt des Direktors der Luftfahrtbehörde, verschaffte er zahlreichen Angehörigen des Medellín-Clans Pilotenlizenzen). Dementsprechend gilt die URIBE-Regierung als von die Menschenrechtsorganisationen schon seit längerem befürchtete „Etablierung eines ultra-rechten politischen Projekts“, bei dem neben dem staatlichen Sicherheitskräften vor allem auch die von einer Allianz aus Viehzüchtern, Unternehmers, Militärs und Drogenhändlern getragenen Paramilitärs eine tragende Rolle spielen. Neu

ist zudem, dass verdeckte Kandidaten der Ultra-Rechten bei den Kongresswahlen im März 2002 ca. 1/3 der Sitze erobern konnten, was die Verflechtung von staatlicher und parastaatlicher Gewalt zuungunsten der Guerilla fördert. Unter diesen geänderten Umständen spielt der „Plan Colombia“ keine nennenswerte Rolle mehr (anstelle der Anbauvernichtung von der Luft aus wird mittlerweile eine zielgenauere und ökologisch harmlosere Vernichtung im Bodenoperationen forciert), zumal auch in den USA das innenpolitische Risiko der neuen Konstellation eine Rückkehr zu verdeckten Operationen nahegelegt und einen Strategiewechsel gefördert hat.

## **e) Drogenmafia**

Kolumbien ist Teil des kriminalgeographischen Großraums Amerika und zählt als sog. „Columbien Connection“ zu den weltgrößten Kokaanbaugebieten. Durch die zollfreien Häfen des Panamakanals wurde in den 60er Jahren diese Zone zum „idealen“ Umschlagplatz für die in den USA begehrte, Marihuanapflanze. Dies war der Einstieg in das Drogengeschäft. Bis 1975 wurden kleinere Mengen Kokaintransfers registriert.

### **Kolumbianische Kartelle:**

Die Autoren *Thamm* und *Freiberg* beschreiben wie sich in den größeren Städten verschiedener Provinzen, in der ersten Hälfte der 1970er, kleine Untergrundfirmen bildeten, die sich in der zweiten Hälfte jener Dekade zunächst locker, später streng kontrolliert zu sog. Kartellen zusammenschlossen:

- **Cartell de Medellin:**

In der Industriemetropole Medellin (2,5 Mio. Einwohner) nannte sich dieser Zusammenschluss „La Comania“ (Die Firma), die ab den 80er Jahren von den Familien Ochoa, Escobar/Gaviria und Gacha beherrscht wurde. Bereits in den 1990ern kontrollierte das Medellin-Kartell die Weltmarktpreise, bildete die Anlaufstelle für kleinere Unternehmen und war dabei seine Kokainlabors und die dazu gehörende Infrastruktur auszubauen. Bis 1989 soll das Kartell, so US-Experten, zwischen 75 und 110 Milliarden US\$ verdient, und bis zu 100.000 Menschen beschäftigt haben. Allein die Anzahl der Bewaffneten wurden bis zu 15.000 Mann geschätzt. Einzigartig in der Drogengeschichte des 20. Jh. ist, dass das Medellin-Kartell gegen die kolumbianische Regierung 2 bewaffnete Auseinandersetzungen mit Bürgerkriegsdimensionen führte (von August 1989- Juni 1991 und im Dezember 1993). Folge war der Niedergang des Kartells und eine damit einhergehende Arbeitslosigkeit ungezählter „Narcotraficantes“ (Droghändler). Auch wurde am 2. Dezember 1993 wurde die Nummer 1 des Kartells, Pablo Escobar („El Padrino“) von Sicherheitskräften erschossen. Profiteur der Machteinbuße des Kartells war der Konkurrent in Cali.

- **Cartell de Cali:**

In Cali (1,6 Mio. Einwohner), Medellins größtem Konkurrenten im In- und Ausland, dominierten die Familien Orejuela und Santacruz. Das Kartell soll bis zu 80.000 Menschen beschäftigt haben. Nach den „verlorenen Kriegen“ des Cartell de Medellin, hatte Cali die Kontrolle weltweiter Kokaingeschäfte

übernommen. Ab Mitte der 1990er begann die Entmachtung des Kartells. Von den sieben Führungsmitgliedern wurden von 1995-1998 fünf inhaftiert bzw. getötet.

- **Cartell de Bogota:**

Das Cartell de Bogota ist der kleinste Händler-Zusammenschluss und erfolgte in der Landeshauptstadt (4,8 Mio. Einwohner).

- **„Küsten-Kartell“**

### **Folgen der Zerschlagung der Kartelle:**

Bis 1994 war der Drogenhandel in Kolumbien fast ausschließlich in der Hand der zwei großen Kartelle, dem Cali-Kartell und dem Medellín-Kartell konzentriert. Diese Phase endete in den 1990er Jahren mit dem Tod von Pablo Escobar und mit der Gefangennahme der Führungspersonen des Cali-Kartells. Dieser erfolgreiche Schlag gegen die Drogenmafia hat langfristig jedoch nicht die erhofften Konsequenzen gebracht. Wie *Beate Friederike Maaß* schreibt, funktioniert der Drogenhandel seitdem in kleineren, autonomen und weit gestreuten Organisationseinheiten, die nicht mit einem Mal zerschlagen werden können. Die Drogenmafia selbst hat schnell erkannt, dass sie mit einer dezentralisierten Struktur weniger leicht anzugreifen ist und hat ihre Organisation entsprechend umgestaltet. Vermutlich gibt es heute mehrere hundert kleine Kartelle, die autonom und weit zerstreut arbeiten.

### **Privatisierung von Gewalt / Sicarios:**

Zur Umgehung von Geschäftsinteressen bedienen sich kolumbianische Drogenhändler eines Instrumentariums, das von der Bestechung über Bedrohung und Abschreckung, der Entführung, der physischen Liquidierung bis zu wahllosen Terroranschlägen reicht. Zu den eindringlichsten Beispielen für die Privatisierung von Gewalt in Kolumbien gehört das „sicariato“, das Auftragsmördertum. Diese Institution entstand in den achtziger Jahren, als die Drogenmafia jugendliche Killer, sog. „sicarios“, damit beauftragte, gegen Bezahlung unerwünschte Personen zu beseitigen. Auf diese Weise entwickelte sich in Medellín zur Zeit der großen Drogenkartelle eine regelrechte Todesindustrie, in der spezielle „Mordagenturen“ als Vermittler zwischen Auftraggebern und „sicarios“ auftraten. Alle von der Drogenmafia initiierten spektakulären Politikermorde, insbesondere in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, wurden von solchen Auftragsmördern ausgeführt. Inzwischen hat sich die Institution des „sicariato“ verselbständigt und es gibt Tausende von Auftragsmördern, die unabhängig von der Drogenmafia agieren. Nach Schätzungen der kolumbianischen Regierung sind heute etwa 10.000 Personen als Vermittler oder als „Berufskiller“ in diesem Bereich tätig.

### **Kontroverse Narcoguerrillas:**

In Macht- und Militärzirkeln der USA kursiert die These einer terroristischen „Narcoguerrilla“, in der Drogenhändler und Guerilla zusammengenommen als einziger terroristisch-krimineller Akteur und Konfliktherd angesehen werden. Auch berichtet *Alexander Niemetz*, dass schon kurz nach der Gründung des Medellín-Kartells begann die Guerillabewegung M-19 nach dem Prinzip „Schutz gegen Geld und Waffen“ für das Kartell zu arbeiten und sich auch eine Allianz zwischen der kommunistischen Guerillabewegung FARC und der Mafia, in einem ähnlichen Vertrag wie mit der M-19, bildete. *Robert Lessmann* z.B. vertritt hingegen die Ansicht, die Drogenökonomie werde von der Guerilla nicht zur persönlichen Bereicherung, sondern vorwiegend als Instrument zur Finanzierung ihres politischen Kampfes genutzt. Unabhängig von dieser Kontroverse ist man sich darüber einig, dass der Drogenökonomie eine konfliktverschärfende und -verlängernde Wirkung zukommt.

### **Bedeutung des Drogenhandels für die Dynamik der Kriegsökonomien:**

Nicht nur bietet die Drogenökonomie immense Profite, sie stellt auch eine wichtige Komponente in den Beziehungen zwischen der drogenanbauenden Bevölkerung und den Rebellengruppen dar. Drogenanbaugelände beeinflussen außerdem die „Geographie des Krieges“, da die bewaffneten Gruppen sich vorzugsweise dort ausbreiten, wo Anbauflächen erobert und verteidigt oder Exportwege kontrolliert werden müssen. Die höchsten Gewinnspannen des Drogenhandels liegen bei der Einfuhr in das Verbraucherland und beim Verkauf an den Endverbraucher. Für die Akteure in einer Kriegsökonomie hat das zur Folge, dass sie entweder Kontakte zu internationalen Mafiaorganisationen unterhalten müssen und damit das Risiko einer zunehmenden Kriminalisierung ihrer revolutionären Bewegungen eingehen, oder aber auf den größten Gewinnanteil verzichten.

Grundsätzlich ist der Drogenhandel Verbündeter der Verfechter des Status quo. Er tritt nicht (mehr) als eigener Akteur auf. Seine Verbindungen zum Paramilitarismus und zur Armee sind vielfach belegt. Drogenhandel ist meist auch eng mit dem Waffenhandel verknüpft. Von diesem sind sowohl Paramilitärs wie Guerilla Abnehmer. Die Guerilla profitiert ihrerseits vom Drogenhandel durch die Besteuerung der Produktion.

### **Dynamisierung der Gewalt / Fazit:**

Der wachsende Einfluss der Drogenkartelle auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Kolumbiens verstärkte die Gewalt durch die dem illegalen Gewerbe eigenen Mechanismen und die verstärkten Aktivitäten der organisierten Kriminalität. Ebenso trug der Kampf der kolumbianischen Regierung gegen die Macht der Drogenbosse vor allem Ende der 1980er Jahre zur Eskalation der Gewalt bei. Durch vielfältige ökonomische Verflechtungen und Geschäftsbeziehungen, finanzielle Unterstützung von Politikern, karitativen Leistungen, einer großen Zahl direkter und indirekter Beschäftigten im Handel, sind die Drogenkartelle zu Protagonisten des schmutzigen Krieges geworden.

### 3. Kriegsökonomie

Der Einfluss von Kriegsökonomien in bewaffneten Konflikten ist in der Wissenschaft erst in den letzten Jahren genauer beleuchtet worden. Kriegsökonomien sind durchgängig ein Teil der Weltwirtschaft- sie sind in den Globalisierungsprozess eingebunden. Durch diese wirtschaftliche Verflechtung wurde der Begriff der „Schattenglobalisierung“ als „Spiegel“ der eigentlichen Globalisierung geprägt.

Krieg wird als Aggregatzustand krisenhafter ökonomischer Entwicklung verstanden, in ihm wird Gewalt zum Regulativ von Produktion und Anordnung. Die wirtschaftlichen Einbindungen bleiben im Krieg bestehen, sie werden jedoch meistens einer strukturellen Transformation unterzogen.

Die vergleichende Kriegsökonomie hat Indikatoren für die zum „innerstaatlichen Krieg“ führende Eskalation von Gewalt ausgemacht. Die drei zentralsten sind:

1. die **Verfügbarkeit einer bedeutenden Exportproduktion**
2. eine dem Krieg vorausgehende substantielle Emigration
3. allgemein **niedrige Ausbildung, wirtschaftliche Stagnation** und **hohes Bevölkerungswachstum**.

Einkommensunterschiede und kulturelle, ethnische Vielfalt werden nicht als Eskalationsindikatoren bezeichnet.

Als „entitlement“ (erstmalig Amartya Sen, 1981) wird der Zugang zu Gütern und Ressourcen bezeichnet, die Grundvoraussetzungen für Leben. Wird dieser Zugang verwehrt, bleiben als Konsequenz die Flucht bzw. die Kriminalität.

Stewart analysiert Kriegsökonomien über 5 „entitlements“:

1. **Zugriff über Markt** (Vermittlung durch Geld)
2. **direkte „entitlements“** (unmittelbare Wertschöpfung)
3. **öffentliche „entitlements“** (vom Staat erbracht)
4. **zivile „entitlements“** (kommunitäre Organisation, NGO's)
5. **ungesetzliche/ kriminelle „entitlements“** (=> Konflikt)

Durch fortschreitende bewaffnete Konflikte im Inneren verliert der Staat die Funktion, wirtschaftliche Vorgänge zu regeln. Es kommt zu einer Informalisierung von Produktion und Handel, die Bevölkerung sucht nach alternativen „Sicherheiten“.

Peter Lock beschreibt die Bedingungen für die Entstehung von Kriegsökonomien durch drei Sphären der Globalisierungsdynamik, die miteinander asymmetrisch verbunden sind:

- reguläre Ökonomie (entspricht der Volkswirtschaft)
- informelle Ökonomie (weitgehend von der regulären Ökonomie abgekoppelt, transnational)
- offen kriminelle Ökonomie (vgl. „Bruttokriminalprodukt“)

An den nicht sichtbaren Schnittstellen dieser Sphären hat die organisierte Kriminalität ihr vorwiegendes Betätigungsfeld gefunden. Die „Zauberformel“ für Kriegsökonomien stellt ein hoher zu erzielender Preis bei leicht transportierbarer Ware dar. (vgl. Drogen, Edelsteine, Diamanten,...)

Ein weiterer Wirtschaftsfaktor in Kriegsökonomien ist die Diaspora. (Geldsendungen an zurückgebliebene Angehörige ⇔ Erpressung von im Ausland lebenden reichen Verwandten). Da der bewaffnete Konflikt eine Voraussetzung für die Kriegsökonomie ist und die Kriegsökonomie wiederum zur Aufrechterhaltung des Konflikts dient, läßt sich die enorme Dauer solcher Konflikte erklären (Stichwort Warlords - beabsichtigte Verlängerung der Auseinandersetzungen?).

### **Kriegsökonomische Aspekte in Kolumbien:**

#### **Ressourcen:**

So unterschiedlich die Ideologien von FARC, ELN und AUC sein mögen, so ähnlich sind ihre ökonomischen Strategien zur Gewinnung von Ressourcen und Existenzerhaltung. Drei Felder ökonomisch-motivierten Handelns können unterschieden werden:

#### **1. Einkünfte aus Erpressungen**

In diesen Bereich fallen die wirtschaftlich gesehen sehr rentablen Entführungen, die bei niedrigen Kosten und geringem Risiko, gefasst zu werden, hohe Lösegelder bringen („Entführungsindustrie“: die Hälfte aller weltweiten Entführungen pro Jahr geschehen in Kolumbien). Ebenso von Bedeutung ist die Erpressung von Schutzgeldern – gegenüber internationalen Konzernen, wie aber auch der lokalen Bevölkerung. Als weitere Finanzquelle wäre der bewaffnete *clientelismo* in den Bereichen Bodenschätze und Finanztransaktionen zu nennen.

#### **2. schwarze Parallelmärkte**

Die Etablierung von illegalen Parallelmärkten dient als weitere Strategie finanzieller Absicherung. Hierunter fallen der Diebstahl und Handel von Kraftstoffen, sowie der Handel mit Gold und Diamanten.

#### **3. Unterwanderung von / Symbiose mit legaler Ökonomie**

Hierzu zählen Tankstellen, Lebensmittelgeschäfte, Juwelierläden oder Grundstücke; aber auch Geldwäsche und enteigneter Besitz werden diesem Punkt zugeordnet.

Die Schätzungen über die konkrete Höhe der Einkünfte variieren stark – als Orientierungswert werden an dieser Stelle Werte aus dem Jahr 2000 wiedergegeben.

- Die **FARC** dürfte dementsprechend über Einkünfte von 400 Millionen Dollar pro Jahr verfügen, wobei 125 Millionen ausgegeben werden und 275 investiert. 30-50% dieser Einkünfte werden aus der Besteuerung von Drogenanbau und –handel lukriert, weitere 30-50% aus Entführungen. Der Restbetrag setzt sich aus Investitionen im Bergbausektor und im öffentlichen Transport, aus der Besteuerung von Viehzucht und Goldförderung („Revolutionssteuern“) und Abgaben der Bevölkerung in den von der FARC kontrollierten Gebieten zusammen. Hinzu kommt die „Friedenssteuer“, die mit den drei von der FARC 2000 veröffentlichten landesweiten Gesetzen (*leyes*), eingeführt wurde: Sie gilt für Personen/Unternehmen mit Besitz in Höhe von über 1 Million Dollar. Bei nicht freiwilliger Meldung oder Nicht-Zahlung drohen Erhöhungen der Steuer und Entführungen.

Die – neben den Lösegeldern – zweite Hauptquelle der FARC sind Gelder, die im Zusammenhang mit Drogenanbau und –handel gewonnen werden. Ursprünglich stand die FARC dieser Finanzquelle ablehnend gegenüber, da sie der marxistischen Orientierung widersprach, die Drogen als kapitalistische Dekadenz sahen. Der Einfluss der M-19 und die große existentielle Abhängigkeit der Bauern (die die soziale Basis der FARC darstellen) haben zu einem Meinungswandel beigetragen. Aber auch heute besteht zu den „Drogen-Geldern“ kein Konsens – ein Drittel der *frentes* der stark dezentralisierten FARC verzichten nach wie vor auf sie. Die übrigen zwei Drittel machen sich diese Gelder (zum Beispiel *gramaje*, eine Art „Koka-Mehrwertssteuer“) zu Nutzen und bauen teilweise auch selbst Koka und Mohn an. Von einer „Narco-Guerilla“ kann dennoch nicht gesprochen werden, da keine strukturelle Kooperation zwischen Drogenmafia und FARC besteht; die Drogenmafia auch mit AUC zusammenarbeitet und die FARC auch Drogensubstitutionsprogramme durchführt.

- Die **ELN** verfügt über 200 Millionen Dollar pro Jahr, wobei die Hälfte ausgegeben, die andere Hälfte gespart wird. Ihre Haupteinnahmequellen sind Entführungen (die ELN zeichnet für die meisten in Kolumbien verantwortlich) und Erpressungen von multinationalen Ölfirmen unter Androhung von Sabotageakten. Mit 10-20% bezieht die ELN vergleichsweise wenige Gelder aus der Besteuerung von Drogenanbau und –handel.
- Die **AUC** soll nach Angaben aus dem Jahr 1997 über 220 Millionen Dollar verfügt haben, wobei 70% aus der Besteuerung des Drogenhandels und –anbaus kamen. Ansonsten finanzieren sie sich über Erpressungen, verlassene Ländereien der internen Flüchtlinge, einen Tribut *colaboración*, der zwar offiziell freiwillig zu leisten ist, aber als Maßstab für die Kooperationswilligkeit herangezogen wird. Geld wird auch aus der Produktion legaler Wirtschaftsgüter lukriert, die oft in Kooperation mit Unternehmen geschieht. Die AUC beziehen auch freiwillige Zuwendungen von lokalen Großgrundbesitzern.

Sowohl FARC als auch ELN gelten als finanziell unabhängig, den AUC werden neben den Unterstützungen durch Großgrundbesitzer und andere Teilen der kolumbianischen Oberschicht finanzielle Zuwendungen durch transnationale Unternehmen nachgesagt. Vorwürfe einer Unterstützung dieser

Art richteten sich gegen Texaco, Nestlé, Coca Cola, Corona Goldfields, Occidental und British Petroleum.

Der Großteil der Ressourcen wird von FARC, ELN und AUC ähnlich verwendet: für die Zahlung des Sold, die Verpflegung und Ausbildung ihrer Kämpfer. (Nach einer Umfrage der NGO „terre des hommes“ sind nur für ein Drittel „Ideale“ für die Beteiligung am Kampf ausschlaggebend, den Rest motivieren der vergleichsweise gute Lohn und die Sicherung der Grundbedürfnisse; diesem Befund entsprechen auch häufige Wechsel der Kämpfer von Militär zu Guerilla, aber auch von Guerilla zu Paramilitär.) Zweiter Hauptverwendungszweck ist die Anschaffung von Waffen und Munition. Bei den Guerilla-Gruppen kommen noch die Kosten für die „Verwaltung“ der von ihnen kontrollierten Gebiet hinzu, sowie die Unterstützung anderer revolutionärer Gruppierungen in Lateinamerika.

### **Territorium am Beispiel der FARC:**

Ökonomische Aspekte spielten schon Ende der 70er Jahre bei Fragen der territorialen Expansion eine Rolle. So führte die FARC zu dieser Zeit eine sozioökonomische Studie über Kolumbiens Regionen durch. Den Ergebnissen entsprechend wurden Teile der FARC in jene Gebiete entsandt, die reich an die reich an Koka, Kaffee, Öl, Gold und Kohle (später Mohn) waren. Durch die Kontrolle dieser Regionen war es möglich Abgaben auf die dortige Produktion zu erpressen, was gleichzeitiges finanzielles Wachstum der FARC mit der in diesen Gebieten ansässigen Wirtschaft bedeutete.

Auch die entmilitarisierte Zone der FARC (*zona desmilitarizada*), die ihr Ende 1998 bis Anfang 2002 als 42.000km<sup>2</sup> großes Aufmarsch- und Rückzugsgebiet diente, war von ökonomischer Bedeutung. Ein Großteil der Koka-Pflanzungen befindet sich auf diesem Territorium, sowie Laboratorien zur Herstellung von Kokain. – (mit Abbruch der Friedensverhandlungen gab Präsident Pastrana den Befehl zur Räumung.)

### **Fazit:**

Allgemein lässt sich in Kolumbien beobachten, dass sich sowohl die Guerillas als auch die Paramilitärs – ungeachtet geringer Unterstützung durch die Bevölkerung – finanziell halten konnten und können. Sie scheinen auf Zuwendungen der KolumbianerInnen kaum angewiesen und haben einen hohen Grad an Autonomie.

Aufgrund ihres wirtschaftlich „erfolgreichen“ Agierens konnten sie über das Maß an politischem Rückhalt hinaus wachsen. FARC, ELN und AUC sind somit Beispiele von Akteuren der „neuen Kriege“, die durch ihre Einbindung in kriegsökonomische Mechanismen ihr eigenes Fortbestehen und das der Gewalt in Kolumbien sichern.



## **4. Parastaatlichkeit**

In Kolumbien ist das Phänomen der Parastaatlichkeit besonders ausgeprägt. Neben dem kolumbianischen Staat als solchem gibt es vielerlei parastaatliche Akteure, welche parallel zum Staat ihre Macht ausüben. Diese Ambivalenz der Macht-Strukturen stellen das Gewaltmonopol der Staates und somit seine Legitimität in Frage.

### **Hintergründe für die Entwicklung der Parastaatlichkeit:**

Die staatliche Politik Kolumbiens ist traditionell durch eine fehlende nationale Integration und einen hohen Grad an regionaler Autonomie geprägt, so dass der Staat schon seit jeher nur in sehr begrenztem Maße in der Lage war, seine Autorität gegenüber den Interessen von lokalen Machthabern oder Wirtschafts-Eliten geltend zu machen.

Der Staat vermochte nie sein gesamtes Territorium zu kontrollieren, in der Peripherie herrschte die Gesetzlosigkeit oder zumindest Regierungslosigkeit. So gibt es in weiten Teilen der ländlichen Gebiete keinerlei Präsenz staatlicher Sicherheitskräfte, diese sind hauptsächlich auf die urbanen Zentren konzentriert. Die Folge ist, dass weite Landesteile von parastaatlichen Akteuren, wie Guerillagruppen oder Paramilitärs regiert werden. Die Regierung kann außerhalb der urbanen Zentren weder Sicherheit noch Infrastruktur und Versorgung garantieren. Die Autorität des Staates wird von einer Vielzahl von nichtstaatlichen Gewaltakteuren, die das staatliche Gewaltmonopol zerschlagen haben, in Frage gestellt.

### **Parastaatliche Gewaltakteure in Kolumbien:**

Die Gewaltkultur in Kolumbien entstand aus der Schwäche des Staates. Durch das Nichtvorhandensein staatlicher Organe und Institutionen wurden andere, nichtstaatliche Organisationen zur Wahrung und Durchsetzung von Interessen gebildet. Es gibt in Kolumbien heute eine Vielzahl von parastaatlichen Akteuren, die Gewalt ausüben, etwa private ländliche „Selbstverteidigungsorganisationen“ die legal sind, Todesschwadronen, Drogenmafia, Guerilla und Paramilitärs. Die Paramilitärs sind von besonderer Bedeutung, da sie als Gehilfen vom Staat selbst geschaffen wurden. Der Staat hat zur Aufrechterhaltung und Verteidigung des status quo, zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit (insbesondere gegen außen) und zur Bekämpfung politisch oppositioneller Basisbewegungen zu einem parainstitutionellen Repressionsmodell Zuflucht genommen. Er hat quasi einen „unabhängigen Dritten“ geschaffen, der die „Drecksarbeit“ übernimmt.

### **Folgen:**

Der Staat verliert zunehmend an Macht in allen öffentlichen Bereichen, am bedeutsamsten ist jedoch der Verlust des staatlichen Gewaltmonopols. Er kann weder Sicherheit noch Versorgung der Bevölkerung gewährleisten und verliert nun zusehends auch seine Legitimität.

Der Staat entfernt sich angesichts in seiner Ohnmacht gegenüber den parastaatlichen Machträgern immer weiter von seinen Ideal des Rechtsstaates oder gar eines Sozialstaates. Gewalt und Verbrechen werden zur vorherrschenden Form der Konfliktlösung. Wobei sich die Paramilitärs in legalem Rahmen bewegen und für ihre Verbrechen größtenteils Straffreiheit genießen. Ein weiteres Problem ist die Verstrickung der staatlichen und parastaatlichen Akteure, die dazu führt, dass das ganze System korrumpiert. So ergibt sich in Kolumbien ein wirres Geflecht von Zusammenarbeit zwischen Armee, Paramilitärs, politischen Zirkeln, Großgrundbesitzern, Finanz- und Unternehmerkreisen.

## **5. Staatszerfall**

Definiert man den Staat wie Weber als „politischen Verband“ in dem die Herrschaftsinstanz erfolgreich „das Monopol **legitimen physischen Zwanges** für die Durchführung der **Ordnungen**“ in Anspruch nimmt so muss man um die Funktionsfähigkeit des Staates überprüfen zu können folgende Merkmale herausheben und untersuchen:

### 1.) **Die Mittel** und die **Effizienz** des **Staatsapparates**

- **Mittel:** kann man quantitativ erheben bspw. mit der Gegenüberstellung der Zahl staatlicher Kämpfer zur Zahl der Herausforderer des Staates
- **Effizienz:** das Territorium welches der Staat kontrolliert bzw. seine Herausforderer kontrollieren; ebenso können etwaige (wie am Beispiel COL wichtig erscheinende) Drogenanbauflächen ein Gradmesser für ein von einem Staat nicht mehr kontrolliertes Gebiet sein.

2.) An die Weber'sche Definition anknüpfend ist es unumgänglich die **Legitimität** eines Staates zu prüfen. Doch hier sollte es nicht stehen bleiben sondern man sollte weiter gehen und (eigentlich Webers Ansicht widersprechend) so man bereits parastaatliche bzw. nichtstaatliche Akteure in Opposition zum Staat bzw. zueinander gestellt hat, prüfen ob in der Bevölkerung nicht längst schon außerstaatliche Akteure als legitim bzw. rechtmäßig anerkannt sind. Legitimität quantitativ zu erfassen würde sich sicherlich als ein schwieriges Unterfangen erweisen doch helfen einem hierbei Umfragedaten bzw. Wahlergebnisse.

3.) Aufrechterhaltung stabiler **Ordnung:** Inwieweit ein Staat dazu fähig ist Ordnung durchzusetzen hängt nicht zuletzt von dem Ausmaß des Territoriums welches er durch militärische Präsenz aber auch die die erfolgreiche Durchsetzung der rechtlichen Ordnung kontrollieren kann. Doch vor allem ist es die Fähigkeit Folgebereitschaft der Bevölkerung zu erzeugen jenes Kriterium das seine Stärke bzw. Schwäche ausmacht. Dies wird speziell dadurch erreicht, dass sich der staatliche Apparat als Garant für die Sicherheit jedes einzelnen Bürgers einsetzt.

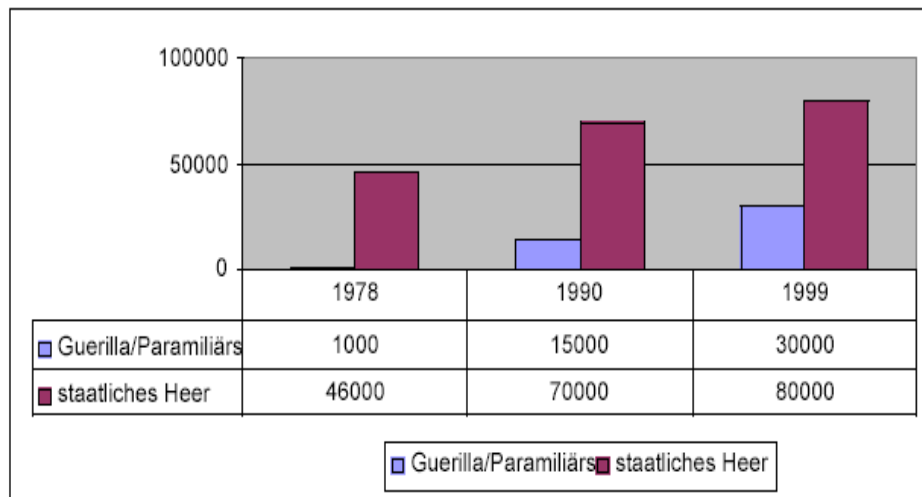
- **Folgebereitschaft:** Das Ausmaß an Straffreiheit kann ein starkes Indiz für die Schwäche der Durchsetzung staatlicher bzw. rechtlicher Ordnung sein
- **Sicherheit:** Hierbei ist es vorteilhaft auf die Zahl gewaltsamer Tötungen bzw. Entführungen hinzuweisen um somit den Grad an Unsicherheit auch nur annähernd bestimmen zu können.

Am COL Beispiel verdeutlicht hieße es:

### ad 1: Mittel und Effizienz des Staatsapparates

#### Mittel:

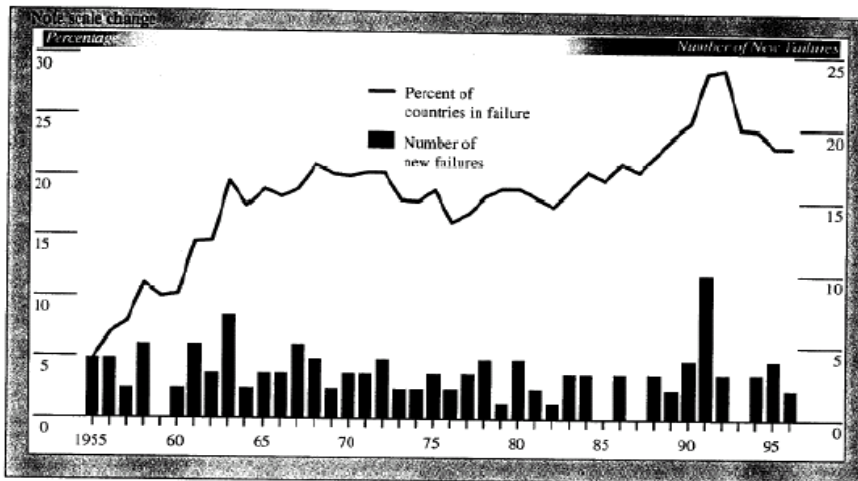
Die Zahl staatlicher der Zahl nichtstaatlicher Kämpfer gegenüberzustellen heißt die Stärke des Staates relativ zu seinen Herausforderern zu messen und nicht lediglich auf die staatliche militärische Stärke Bezug zu nehmen wie es viele Untersuchungen praktiziert haben.



Hierbei wird ersichtlich dass es sich militärische um klare Verhältnisse handelt: der Staat ist in seiner Truppenstärke nichtstaatlichen Akteuren überlegen. Beachtet man aber die Entwicklung nichtstaatlicher Akteure, verglichen zu jener staatlicher Akteure seit den 70er Jahren, kann man sie als rasant und beachtenswert bezeichnen. Vor allem auch wegen der Tatsache dass viele beachtenswerte Konfliktforscher die militärische Stärke staatlicher Akteure effektiv viel geringer schätzen als sie offiziell angegeben wird (30.000 bis 50.000 Mann zur offiziellen Zahl von 80.000). Damit ist ihre Unterlegenheit faktisch besiegelt.

## Effizienz:

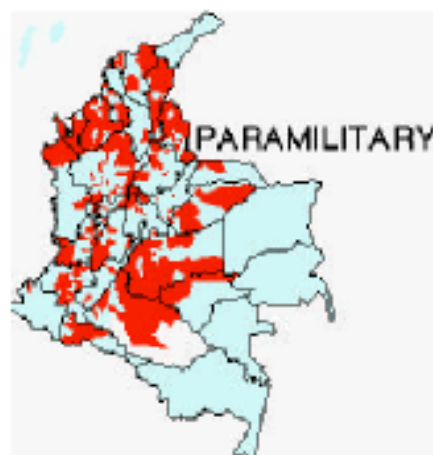
Global State Failures, 1955-96



Die Präsenz der Guerilla richtete sich historisch betrachtet vornehmlich auf das kleinbäuerliche andine Hochland. Heute ist sie auf ein vielfaches ausgedehnt. Zieht man noch die Gebiete hinzu die sozusagen der Guerilla als Zielrückzugsgebiete dienen sollen und welche hart umkämpft sind (Grenzregionen zu VEN bzw. zu den beiden Ozeanen, Erdölregionen im Nord-Osten; Drogenanbaugebiete in S und SW: hier auch größter Zuwachs der Guerilla verzeichnet) muss sich auch der COL Staat eingestehen dass er mind. 60% der Fläche nicht mehr unter Kontrolle hat. Einen Teil davon hatte er historisch gesehen tatsächlich auch nie unter Kontrolle gehabt.

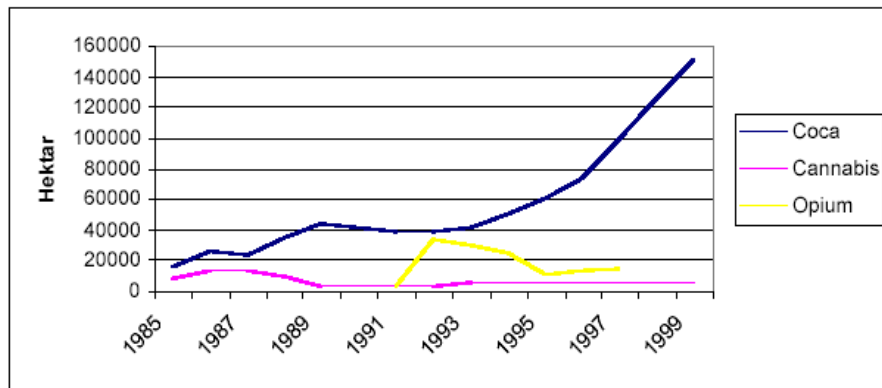
FARCLANDIA: Ende der 1990er Jahre konnte die FARC im Vorfeld der Friedensverhandlungen ein Rückzugsgebiet (3,7% der Gesamtfläche COL) erfolgreich für sich reklamieren. Seitdem existierte auf COL Territorium ein „Staat im Staate“ dessen Existenz jedoch seit der mit dem 11. September eingeleiteten weltweit angelegten Terrorbekämpfungskampagne wieder bedroht scheint, da staatliche Truppen 2002 einmarschiert sind.

Abbildung 10: Präsenz paramilitärischer Gruppen 1997<sup>228</sup>



Die Präsenz der Paramilitärs kann man noch höher schätzen als jene der Guerilla. In 40% der COL Gemeinden üben sie Gebietskontrolle aus. Hier sein noch ein interessanter Sachverhalt zu erwähnen: Die meisten Bürgermeister regieren nicht von den Kommunen aus sondern von den größeren Städten bzw. Bogota.

Abbildung 11: Drogenanbaufläche in Kolumbien 1985-1999<sup>232</sup>



Die Fläche die zum Drogenanbau in COL verwendet wird ist von riesigen Ausmaßen. Dem COL Staat ist es nicht gelungen trotz ausgesprochen starken Drucks seitens der USA dieses Problem zu reduzieren. Ab Mitte der 1990er Jahre gibt es einen rasanten Zuwachs an Cocaanbauflächen. Die Gründe sind vielfältig: sicherlich ist es unmöglich das Angebot (bei gleichbleibender Nachfrage) zu reduzieren. Peru und Bolivien, die traditionellen Cocaanbauländer konnten zur gleichen Zeit erfolgreiche Drogenpolitik umsetzen und somit COL als einen der Hauptproduzenten noch weiter belasten in Richtung Versorgung des Marktes mit ausreichendem Angebot. Die Tatsache dass das selbe dem COL Staat nicht gelingen konnte zeugt von ausgesprochener Schwäche bzw. der Einleitung einer nächsthöheren Stufe von Zerfall.

## **ad 2: Legitimität staatlicher (Un-)Macht:**

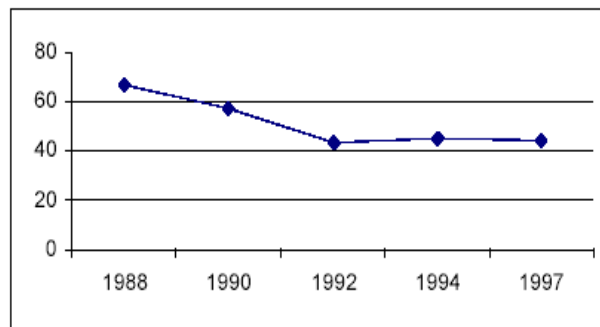
Bei Weber findet man den Unterschied zwischen staatlicher und nichtstaatlicher Macht darin, dass erstere Legitimation besitzt. Nun wird zu zeigen sein dass am Beispiel COL die Rechtmäßigkeit nichtstaatlicher bzw. parastaatlicher Akteure sehr wohl gegeben ist, ja sogar überwiegt.

Hosti trifft eine andere Definition im Hinblick auf Legitimität: die Stärke eines Staates bemisst er an der Fähigkeit Folgebereitschaft der Bevölkerung hervorzurufen. Je größer diese Folgebereitschaft ist desto besser hat der Staat seine Pflichten erfüllt. Die erste dieser Pflichten muss Herstellung von Sicherheit sein.

Die Legitimität des COL Staates ist im Schwinden: dies beweisen Umfragedaten (des „latino-barometro“) und die Ergebnisse schwacher Wahlbeteiligung d.h.: eigentlich Wahlenthaltung. Umfrageergebnisse bescheinigen dass nur 10% (2001) der COL Bevölkerung nicht mit der Demokratie

zufrieden sind; 87% (1997) sehen die Korruption als ein sehr ernst zu nehmendes Problem an. Überdies sprach sich 1999 die Mehrheit für eine militärische Intervention der USA aus.

Abbildung 12: Beteiligung an Lokalwahlen 1988-97<sup>248</sup>



Umfragedaten aus Guerillagebieten bescheinigen genauso das Versagen staatlicher Ordnung: 67% sehen den Staat unfähig öffentliche Leistungen (z.B.: Gesundheitsversorgung) aufrechterhalten bzw. überhaupt erst bereitzustellen zu können. 35% gaben an sich an Guerillaaktivitäten zu beteiligen. Ebenso hat die sinkende Wahlbeteiligung zur Folge dass der Staat auf lokaler Ebene kaum noch präsent ist.

**Fazit 1:** Die Guerilla konnte in bestimmten Gebieten erfolgreich nicht nur neben staatlichen Einrichtungen bestehen, sie schaffte es sogar die staatliche Ordnung ersetzen (Steuereintreibung, Gesundheitsversorgung).

**Fazit 2:** Eine Gegenentwicklung in Richtung Legitimitätsverlust der Guerilla zeichnete sich in den 1990ern ab. Sie verliert neben dem Staat der nicht mehr fähig ist für Sicherheit zu sorgen die Zustimmung bzw. Legitimität vor allem bei der Mittelschicht (durch Entführungen von Reichen egal welcher politischen Gesinnung: Raub, Mord etc.) Die Paramilitärs entwickelten als private Selbsthilfegruppen sich parallel zum Zerfall des Staates zu einer rechtmäßigen Autorität vor allem bei der besagten Mittelschicht und somit als Alternative zum Staat.

### **ad 3: Aufrechterhaltung stabiler Ordnung:**

Weber definiert den Zweck von Staatlichkeit als Durchsetzung von Ordnung durch ein Gewaltmonopol. Inwieweit staatliche Ordnung durchgesetzt wird kann man durch die Rate der effektiven Straffreiheit und die Mord- und Entführungsrate.

Abbildung 13: Tötungen und Verhaftungen in Kolumbien 1975-95<sup>252</sup>

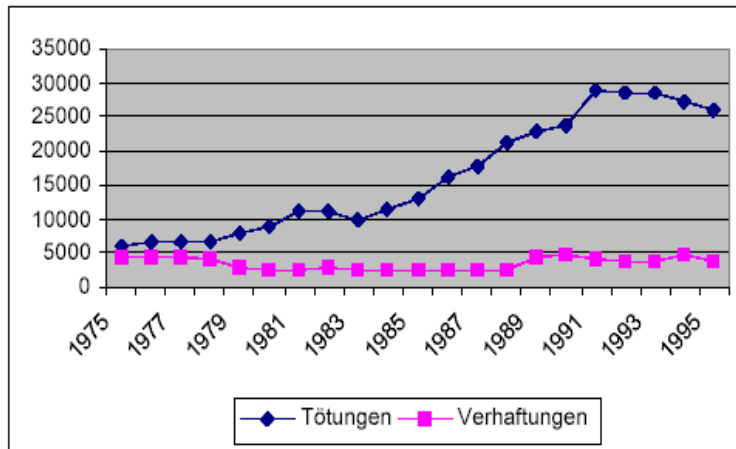
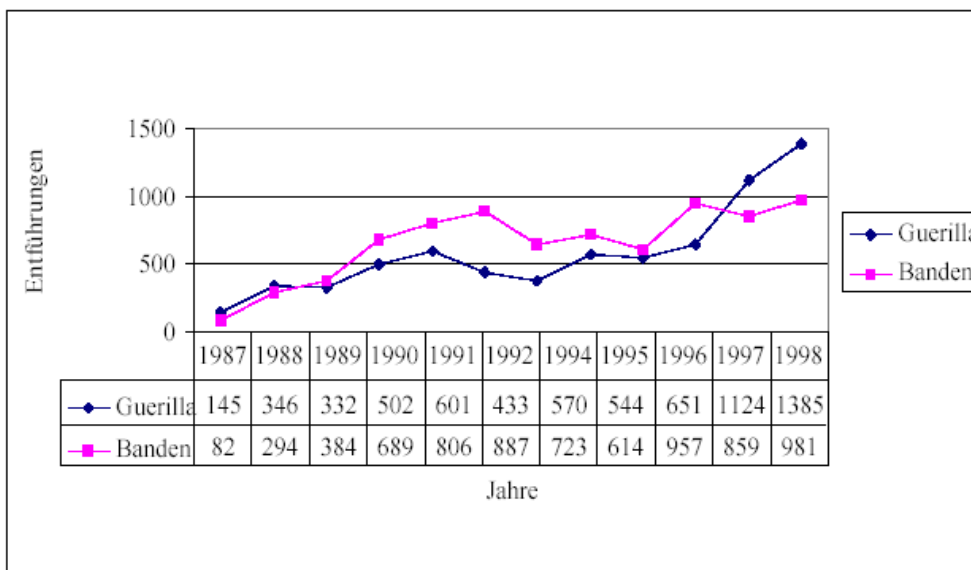


Abbildung 14: Entführungen in Kolumbien 1987-1998<sup>255</sup>



Wenn man die Rate der Tötungsdelikte in COL betrachtet und dazu die Zahl strafrechtlich Verfolgter bzw. dann die tatsächliche Rate der Verurteilten, ist die COL (Un-)Ordnung als ein rechtsfreier Raum zu bezeichnen. Man kann hier nicht mehr von Justiz sprechen; man muss sich unweigerlich auf die Bezeichnung Justizkollaps stützen. Die Tötungsrate hat sich während der 1980er und 1990er Jahre vervierfacht; die Entführungsrate hat sich seit 1987 sogar verzehnfacht.

## Literatur- und Internetquellen

### ad 1. Historischer Überblick des bewaffneten Konflikts:

**LeGrand**, Catherine (1986): Frontier Expansion and Peasant Protest in Colombia 1850-1936, Albuquerque.

**Pohl**, Günter (2002): Kolumbien: Der lange schmutzige Krieg – Ein Hintergrundbericht über die Ursachen der Gewalt, in: „unsere zeit“ am 24. Mai 2002.

**Richani**, Ignacio Nazih (2003): Conflictos intrincados: economías políticas de los sistemas de guerra de Líbano y Colombia, in: Kalulambi, Martin Pongo (Hrsg.): Perspectivas comparados de mercados de violencia, Bogotá, S. 117-121.

**Schmalz**, Stefan (2003): Der kolumbianische Sonderweg – Zur Anatomie eines Bürgerkriegs, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 55, September 2003.

URL: <http://www.hls.sha.bw.schule.de/konflikt/kolumb/kolumb.htm> (3. 12. 2003; 20:35 Uhr)

URL: <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/Welcome.html> (4. 12. 2003; 19:13 Uhr)

### ad 2. Akteure des Krieges:

**FARC**: URL: <http://www.fas.org/irp/world/para/farc.htm> (4. 12. 2003)

**ELN**: URL: <http://www.fas.org/irp/world/para/eln.htm> (4. 12. 2003)

### Paramilitärische Gruppierungen:

**Fischer**, Thomas/**Cubides**, C. Fernando (2000): Paramilitarismus in Kolumbien. Von der Privatjustiz zum politischen Akteur?, in: Fischer, Thomas/Krennerich, Michael (Hrsg.): Politische Gewalt in Lateinamerika, Frankfurt am Main, 113-132.

**Maaß**, Beate Friederike (2003): Staatsschwäche und Kriegsökonomie als zentrale Faktoren der Persistenz des kolumbianischen Krieges. Kölner Arbeitspapiere zur internationalen Politik, Nr. 2/2003.

**Zinnecker**, Heidrun (2002): Kolumbien – Wie viel Demokratisierung braucht der Frieden? Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, HSFK-Report 2/2002.

### Staatliche Streitkräfte:

**Maaß**, Beate Friederike (2003): Staatsschwäche und Kriegsökonomie als zentrale Faktoren der Persistenz des kolumbianischen Krieges. Kölner Arbeitspapiere zur internationalen Politik, Nr. 2/2003.

### USA:

**Kissinger**, Henry (2003): Die Herausforderung Amerikas. Weltpolitik im 21. Jahrhundert (Ullstein), vor allem S. 98-105.

**Maaß**, Beate Friederike (2003): Staatsschwäche und Kriegsökonomie als zentrale Faktoren der Persistenz des kolumbianischen Krieges. Kölner Arbeitspapiere zur internationalen Politik, Nr. 2/2003.



**Mittermayer**, Maria (1997): Drogengeschäft und Drogenkrieg-zwei Aspekte der US-Lateinamerikanischen Beziehung- unter besonderer Berücksichtigung der Bush-Regierung und Kolumbiens. Diplomarbeit, Integrativwissenschaftliche Fakultät der Universität Wien.

URL: <http://www.nadir.org> (mit reichhaltigen Materialien und links)

URL: <http://www.ila-bonn.de> (ebenso)

URL: <http://www.kolumbien-aktuell.ch>

URL: <http://www.plancolombia.org>

URL: <http://www.kolumbien-aktuell.ch/Publikationen/ka348.html>

URL: <http://www.forum-recht-online.de/2003/203/203zechmeister.htm>

### **Drogenhandel:**

**Freiberg**, Konrad/**Thamm**, Bernd Georg (1998): Mafia Global. Organisiertes Verbrechen auf dem Sprung in das 21. Jahrhundert, Hilden/Rhld.

**Kurtenbach**, Sabine (1999): Friedenssuche und Eskalation der Gewalt: Kolumbien im ersten Amtsjahr von Andrés Pastrana, in: Brennpunkt Lateinamerika. Politik-Wirtschaft-Gesellschaft, Ausgabe 15, Hamburg.

**Lessmann**, Robert (1996): Drogenökonomie und internationale Politik. Die Auswirkungen der Antidrogen-Politik der USA auf Bolivien und Kolumbien, Frankfurt/Main.

**Maaß**, Beate Friederike (2003): Staatsschwäche und Kriegsökonomie als zentrale Faktoren der Persistenz des kolumbianischen Krieges, in: Kölner Arbeitspapiere zur internationalen Politik, Nr. 2/2003.

**Niemetz**, Alexander (1990): Die Kokain-Mafia. Deutschland im Visier, München.

URL: <http://www.reporter-ohne-grenzen.de/archiv/rb/rb29/rb29kolumbien.html>

URL: <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Kolumbien/start.html>

URL: <http://www.iwif.de/wf301-23.htm>

### **ad 3. Kriegsökonomie**

**Hartmann**, Detlef: Ökonomie des Krieges - Krieg der Ökonomie (URL: <http://www.materialien.org/texte/hartmann>).

**Lock**, Peter: Kriegsökonomien und Schattenglobalisierung, in: Ruf, Werner: Politische Ökonomie der Gewalt (URL: <http://www.peter-lock.de>).

**Maaß**, Beate Friederike (2003): Staatsschwäche und Kriegsökonomie als zentrale Faktoren der Persistenz des kolumbianischen Krieges. Kölner Arbeitspapiere zur internationalen Politik, Nr. 2/2003.

UNDP: El conflicto, callejón con salida. Informe Nacional de Desarrollo Humano para Colombia – 2003; Bogotá, 2003;

URL: [http://indh.pnud.org.co/informe2003\\_plx?pga=CO3tablaContenido&f=1070631118](http://indh.pnud.org.co/informe2003_plx?pga=CO3tablaContenido&f=1070631118) [5.12.2003]  
*spanisch*